

Sozial-Zeitung

Dreizehntausendster Jahrgang.

Anzeige
werd. 2. 7gepost. 38mm dr. Kolonelle
oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annoncen
stellen u. allen Anzeigenverhältnissen
angewendet. Reflektoren die 92 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
Annahmestellen bezm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Liste, ebenfalls
6 Uhr. Pöbelzeitungen, soweit mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a. Gr. Geschäfts-
haus. 17. Lieben-Vertriebsstelle: 22
März 24 ans Große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark
anschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsvorzeichnis unter
Sozial-Zeitung eingetragen. Für un-
sern keine Gewähr übernommen.
Nachdruck der Quellen-
angabe „Sozial-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 172.

Halle, Freitag, den 11. April.

1919.

Rücktritt des Reichsfinanzministers.

Eine Reichsaktion gegen die gestern in Braunschweig ausgerufenen Kätereplik wahrscheinlich.

Berlin, 11. April (Eig. Drahtnachricht). Der Reichsfinanzminister Dr. Schiffer hat, wie die B. Z. erfährt, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. In Berliner politischen Kreisen wird erklärt, daß der Rücktritt ausschließlich auf persönliche Gründe zurückzuführen sei. Die Koalition der drei Linkparteien, also der Bestand des Kabinetts Scheidemann, werde dadurch nicht berührt. Eine Entscheidung über das Rücktrittsgesuch Schiffers ist bis zur Stunde noch nicht gefallen. Wie verlautet, ist Reichsfinanzminister Schiffer gestern den Tag über in Berlin gewesen und heute früh nach Weimar abgereist. Im Reichsfinanzministerium war bis heute mittag noch keine Nachricht über den Rücktritt Schiffers eingetroffen.

Die Kätereplik in Braunschweig ausgerufen.

Kein Drahtverkehr mit Braunschweig.
Berlin, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Mitteilung, die Berliner amtlichen militärischen Stellen zugegangen ist, wurde in der gestrigen Nacht in Braunschweig die Kätereplik bereits proklamiert. Eine Bestätigung dieser Mitteilung steht aber noch aus und ist auch schwer zu erhalten, da das Land Braunschweig vom übrigen Deutschland abgeschnitten ist. Seit gestern nachmittag werden sämtliche Eisenbahnzüge, die von Berlin in westlicher Richtung fahren oder nach Berlin abgehen sollen, angehalten und nicht weitergelassen. Ebenso ist der telephonische und telegraphische Verkehr mit Braunschweig unterbunden. Der gleichen Meldung zufolge ist die Stimmung in Braunschweig außerordentlich ernst. Gestern fanden den ganzen Tag über Kundgebungen statt, die bis in die Nacht hinein dauerten. Aus Regierungskreisen verlautet, daß das Reichsministerium zu den Vorgängen in Braunschweig bis jetzt noch nicht Stellung genommen hat, da noch nähere Mitteilungen über die dortigen Ereignisse abgewartet werden müssen, doch wird es als sehr wahrscheinlich bezichtigt, daß die Reichsregierung sich gegenüber der Ausrufung der Kätereplik nicht passiv verhalten und zu einer Reichsaktion schreiten wird.

Schwere Verluste der bayerischen Kätereplik.

WTB. Nürnberg, 11. April. Nach Blättermeldungen wurde in der gestrigen Sitzung des A- und S-Kates in Zürich die Kätereplik mit Mehrheit abgelehnt und die Kätereplik in Bamberg gestrichelt. In Regensburg wurde gestern mit 13 gegen 5 Stimmen der Entschluß, die Kätereplik einzuführen, wieder aufgehoben.

Die Gefahr der völligen Stilllegung des Bahnverkehrs.

Kassel, 11. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die Eisenbahndirektion Kassel erklärt, daß durch den Streik im Ruhrgebiet die Gefahr der völligen Stilllegung des Bahnverkehrs entstehen könne. Wegen Kohlenmangel fallen zunächst vom 11. d. M. ab eine große Anzahl Personenzüge auf allen Strecken aus.

Keine Notstandsarbeiten in Essen mehr.

WTB. Essen, 11. April. Eine Delegiertenkonferenz der westlichen Bergleute in Recklinghausen hat sich gegen die in Essen im Beisein der Führer der großen Arbeiterverbände geführten Verhandlungen, da nur die Reuener-Kommission berechtigt sei, zu verhandeln. Ebenso wurde gegen die Verhaftung der Reuener-Kommission und gegen die Verhaftung von etwa tausend Notstandsarbeitern protestiert. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die gesamte Bergarbeiterchaft des Ruhrgebietes erhebt flammenden Protest gegen die brutale Vergeßlichkeit der Vertreter der Bergarbeiter und erwartet von der Regierung die sofortige Freilassung der Mitglieder der Reuener-Kommission und sämtlicher politischer Gefangenen. Die Konferenz verlangt die unverzügliche Erfüllung der Forderungen der Bergleute und erklärt, daß die Notstandsarbeiten nicht eher wieder aufgenommen werden, bis der Belagerungsstand aufgehoben ist und die Regierungstruppen zurückgezogen sind. Der Streik werde so lange fortgesetzt, bis die Reuener-Kommission seine Beendigung erklärt.

Die Lage in Magdeburg.

Antunft des Freikorps Görlitz.
WTB. Magdeburg, 11. April. Die letzte Nacht ist, abgesehen von einigen unbedeutenden Schieberien, ruhig

verlaufen. Die Arbeit ist allgemein wieder aufgenommen. Generalmajor Maercker hat ein Flugkorps für alle Flugzeuge erlassen, die nicht zum Bundesjäger-Korps gehören. Als weitere Verstärkung ist inzwischen das Freikorps Görlitz unter Oberstleutnant Kämpel hier eingetroffen. In Magdeburg sind auch einige Motorboote stationiert, die den Postdienst zum Schutze der Lebensmitteltransporte auf der Elbe versehen.

Die letzten Kämpfe in Düsseldorf.

Düsseldorf, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) Da das Elektrizitäts- und Gaswerk in der letzten Nacht ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, ist seit heute Morgen der Telefonverkehr, der seit Mittwoch nachmittag gestoppt war, wieder freigegeben. Bei den Kämpfen am Mittwoch Nachmittag und am Abend, die sich bei der Zerschlagung der Altstadt entspannen und bei denen Barrikaden errichtet und die Truppen mit Handgranaten, Maschinengewehren und Gewehren heftig beschossen wurden, ist das Militär endlich mit schweren Mörsern und Artillerie vorgehen mußte, ab es annähernd 60 Verwundete und 8 Tote. Zwei Regierungssoldaten waren am Vormittag heimtückisch erschlagen worden. Gestern Abend kam es wiederum zu Kämpfen, die aber nicht mehr so ernsten Charakter wie am Vorabend hatten. Gegen 12 Uhr nachts suchte eine Bande mit Handgranaten und Gewehren den Hauptbahnhof zu kirmen, wurde aber von der Belagerung nach dem Aufbruch der Soldaten abgewehrt. Dabei gab es an Verwundeten 3 Regierungssoldaten und 10 Spartakisten.

Fortgesetzte Kämpfe in Essen.

WTB. Essen, 11. April. Die Lage hat sich bis heute wenig verändert. Die Strafendäm hat ihren Betrieb noch nicht aufgenommen. Die Gasarbeiten verfahren weiter im Streik. Gestern wurde die Essener Volkswache vom weisfälligen Freikorps Böttfisch wegen ihrer Unzuverlässigkeit aufgelöst und entlassen. Zwischen Regierungstruppen und Aufständigen kam es im Laufe des Tages zu zahlreichen Zusammenstößen. Immer wurden Postämter überfallen und namentlich Regimentsgruppen, wenn diese sich in kleinerer Anzahl auf der Straße sehen ließen, angefallen. Die Regierungstruppen haben dabei eine erhebliche Anzahl von Verwundeten zu beklagen. Auf der Gegenseite ist eine größere Anzahl Toter zu verzeichnen. Die Ruhe wurde wiederhergestellt, als die Regierungstruppen größere Kräfte einstellten.

Französische Kapitulation in Odessa.

WTB. Berlin, 10. April. Im Gegenzug zur Spanas-Meldung, nach der die Entente-Truppen Odessa geräumt hätten, meldet ein französisches Südrussland-Korrespondenzbureau, daß die französische Belagerung von Odessa nach hartnäckiger Verteidigung kapituliert hätte.

Wie lange bleibt Wilson in Europa?

Lugano, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariser Sonderberichterstatter des „Secolo“ demontiert das Gerücht von der baldigen Abreise Wilsons. Der Präsident der Vereinigten Staaten sei seit Entschluß, so lange in Europa zu bleiben, bis der Vorfrieden geschlossen ist.

Gegen eine Bestrafung des Kaisers.

Saag, 11. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die amerl. Anstalt und japanische Kommission auf der Pariser Konferenz lehnte den Vorschlag, die Bestrafung des Kaisers zu fordern, ab mit der Begründung, daß ihre Aenderungsauflösung über das Wesen der Herrscherwürde dieses nicht zulasse.

Ein dritte „Regierung“ in Bayern.

Berlin, 11. April. Wie das „B. Z.“ meldet, hat es der russische Botschaftsattaché Dr. Revin's verstanden, im letzten Augenblick nach München zu kommen. Er hat zusammen mit dem Münchener Kommunistenführer Dr. Levin die Führung der dritten Regierung übernommen, die Bayern jetzt hat. Die kommunistische Bewegung in München ist, einer unvollständigen Korrespondenzmeldung zufolge, von der Schweiz mit russischen Geldern unterstützt worden, wofür der Reichsregierung schon vor der Proklamierung der Kätereplik Rücksicht zugegangen waren.

Hilf dir selber!

Sensationelle Zahlen des Bauernrates von Liebenwerda.

Die Entente hat uns die ersten Lebensmittel gesandt. Fast täglich gelangen jetzt Vorräte in die Zeitungen, nach denen in Hamburg oder anderen deutschen Städten Schiffe mit ausländischen Nahrungsmitteln angekommen sind. Das läßt mancherorts die Hoffnung aufkommen, als ob dadurch die Ernährung des deutschen Volkes eine bessere werden könnte. Hier gilt es zu warnen, um vor einer Enttäuschung zu bewahren. Unsere Ernährungslage ist eine sehr traurige, daß die aus dem Ausland kommenden Lebensmittel in der Hauptsache nur da zu finden sind, um die Verteilung des bisherigen Quantums zu sichern. Es ließe unersättliche Hoffnungen erwecken, wenn man sagen wollte, daß z. B. das bisher zur Verteilung kommende Getreidequantum auf die Dauer und regelmäßig erhöht werden könnte. Und selbst wenn die Entente uns so viel Lebensmittel zur Verfügung stellen würde, daß es eine Erhöhung der Rationen möglich wäre, dann bliebe immer noch die schwer lösbare Frage übrig: Wie wollen wir bezahlen? In offiziellen Meldungen ist in den letzten Tagen schon darauf hingewiesen worden, daß es an Zahlungsmitteln fehlt, um eine wesentliche Besserung unserer Ernährungslage zu erzielen. Wir können nicht die letzten Goldvorräte herausströmen, wenn unsere Währung nicht völlig zusammenbrechen soll. Das wir aber andere Zahlungsmittel nicht haben, dafür hat die unfinnige Streifenfische gründlich gefordert. Das Ausland würde gern Kohlen, Eisen und Kali in Zahlung nehmen und dafür Lebensmittel liefern. Aber alle drei Artikel fehlen uns ja durch die verbrecherischen Streiks selbst. Die fürchterlichen Folgen der Waffenstreiks bestehen gerade darin, daß unsere Ernährung eine immer schlechtere werden muß.

Wer diese Lage überblickt, muß zu dem Schluß kommen: Wir dürfen uns nicht zu sehr, nicht einzig und allein auf das Ausland verlassen. Nach wie vor müssen wir uns sagen: „Hilf dir selber, so hat da das Ausland dir geholfen.“ Es macht den Eindruck, als ob die Frage, wie helfen wir die Erfassung der Nahrungsmittelproduktion im Inlande, nur zu sehr vernachlässigt wurde, als ob wir allzu sehr alles Heil von der Entente erwarteten. Das genaue Blühen, Wachsen und Gedeihen des Schleichhandels zeigt uns, daß immer noch große Mengen von Lebensmitteln der Allgemeinheit entzogen werden. Hier könnte den lokalen Mägen, insbesondere aber den Bauernräten eine große vaterländische Aufgabe erwachsen. Vereinzelt wird von den Bauernräten nach dieser Richtung schon in fegensreicher Weise gewirkt. Das erfordert, daß zwischen den Mägen und den leitenden Kreisen (Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Landrat) ein harmonisches Verhältnis bestesse. Die Mäge dürfen sich nicht darauf verlassen, daß ihnen über alle anderen Instanzen eine Frei Kommandogewalt aufsteht und andererseits müssen die Verwaltungsbefehle den ersten Willen zeigen, mit den Mägen gemeinsam arbeiten zu wollen. Vor uns liegen zwei Berichte, die da zeigen, wie gearbeitet werden kann. In dem Bittenberger A. M. A. erschienen der Erste Bürgermeister Dr. Heilmann und der Landrat von Trebra; man verständigte sich, soweit das der Bericht beurteilen läßt, gut. Das wird immer der Fall sein, wenn man die Reibungsflächen vermindert oder besser ganz zu beseitigen sucht. Ein noch besseres Bild liefert der Bericht über eine Sitzung des Bauern- und Landarbeiterrats in Liebenwerda. Auch dort arbeiten Verwaltung und Mäge gut miteinander. Es wurde die Forderung beschlossen, daß als Erzeugerhöchstpreis für ein Ei 20 Pf. und als Händlerhöchstpreis 25 Pf. genüge. Diese Forderung soll dem Reichsernährungsminister unterbreitet werden. Die Bauern

Der wüchserer will man im Kreisblatt...
fentlich brandmarken! Nach der Freigabe der Eier werden diese jetzt bis zu 2 M. pro Stück bezahlt. Wenn das Verfahren des Liebenwerdaer Bauernrates allgemein auf dem Lande nachgeahmt werden würde, wäre uns allen schon etwas geholfen.

Das besondere Sorgenkind unserer Ernährung ist nach wie vor die Fettung des Bauern- und Landarbeiters für Liebenwerda höchst bedauerlich. Nach den Mitteilungen des dortigen Landrats, eines Herrn von Börde, werden in einzelnen Kreisen pro Woche und pro Kuh 1 1/2 Pfund Butter abgeliefert, im Kreise Liebenwerda aber durchschnittlich nur 3/4 Pfund. In wie vielen Kreisen wird das Mißverhältnis ein ähnliches sein! Dabei ist von schwerfälliger Seite durchaus darauf Rücksicht genommen, daß die derzeitigen Futterverhältnisse die Erträge vermindern. Der gleiche Sachverhältnis hat in Liebenwerda aber auch auf die faulen Elemente unter den Landwirten hingewirkt, welche niemals richtig abgeliefert haben und die Landwirtschaft in Mißredit bringen. Zu möglichem Indiz für zahlreiche Landwirte übrigens dadurch, daß sie ihre Kühe als Geispannkühe bezeichnen. Besonders interessant und lehrreich ist eine Statistik aus dem Kreise Liebenwerda, die die fäunigen Gemeinden in der Defensivkraft bekannt gibt. Diese Statistik ergibt folgendes Bild:

Castellien	104 Fd., hat geliefert 40 Fd.	
Görden	69	20
Gröben	342	101
Dörfling	368	161
Döhlshagen	114	38
Biele	166	38
Böhmi	103	34
Dresta	33	7%
Fraunau	124	65%
Krausch	77	57%
Möhlen	145	38
Reichenhain	179	38
Tschel	30	2
Sobern	106	33

Wenn es vorkommt, daß eine Gemeinde statt 180 Pfund überhaupt keine Butter abgeliefert, daß andere Dörferungen nur ein Drittel, ein Viertel oder gar nur ein Fünftel abliefern, dann braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn einerseits unsere Ernährung eine immer elendere geworden ist und wenn andererseits der Schleichhandel ständig an Ausdehnung gewinnt. Die verdienstvolle statistische Arbeit des Bauernrates in Liebenwerda sollte förmlich auch von allen übrigen Bauernräten und Landräten des Reiches kopiert und durchgeführt werden. Die Zahlen, die dabei ans Tageslicht kommen würden, könnten uns belehren, daß bei energischer Befolgung der Parole: „Hilf Dir selber“, noch manches für eine bessere Ernährung unseres Volkes herauszufinden ließe. Vielleicht können wir sogar zu der fieberigen Überzeugung, daß unsere Lage auch jetzt noch nicht eine so erbärmliche zu sein braucht, wenn wir die Erfahrung der Produktion besser zu handhaben verstehen würden. Die sensationellen Zahlen von Liebenwerda sprechen gar zu deutlich!

Der Friedensvertrag fertig?

Rotterdam, 10. April. Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Koerke, Courant“ meldet, er könne behaupten, daß der Friedensvertrag, wenn nicht im Text, so doch dem Geiste nach, Ende dieser Woche fertiggestellt sein wird.
Amsterdam, 10. April. Nach einer Meldung der „Central News“ aus London berichtet der Pariser Korrespondent der „New York World“: Das Ultimatum Wilsons, das er sich von der Friedenskonferenz zurückziehen würde, wenn die Einzelheiten gegen den Fortgang der Verhandlungen nicht an dem Besse geändert würden, sei zur Folge gefolgt, daß die Verhandlungen beschleunigt und beschleunigte Fortschritte erzielt wurden.

Wie wir beschwindelt wurden.

Die Leistungen unserer U-Boote.
Aus Paris wird gemeldet: Die Allierkonferenz hat bei Ermittlung der Schuldensummen auf Deutschland die von Deutschland während des Krieges versenkte Tonnage mit 5 1/2 Millionen Tonnen festgesetzt, gegenüber den unangabenen Deutschen Behauptungen, es seien 17 bis 18 Millionen Tonnen versenkt worden.

Der Streik in der Berliner Metallindustrie.

Die Stellung der Reichsregierung.
Berlin, 10. April. Am die Gefahren, die sich für unser Wirtschaftswesen aus einer Fortdauer des Streiks der Angestellten in der Berliner Metallindustrie ergeben können, zu verhüten, hat die Reichsregierung an die Zentralvereine eine Erklärung über ihre Stellung an die Frage des Mißbehaltungsrechts gerichtet, in der es u. a. heißt:
Die Stellung der Regierung zu der Forderung der Angestellten nach Mitwirkung bei der Anstellung und Entlassung von Angestellten wird schon beantwortet durch den vor einigen Tagen veröffentlichten § 34 der Verfassung. Dieser Paragraph erkennt den Arbeitern und Angestellten die Rechte des Arbeitsverhältnisses zu. Die Reichsregierung richtet angesichts ihres Verhältnisses zu den Reichsregierungen der Angestellten die Forderung zu, an die Reichsregierungen die dringenden Forderungen zu stellen, an die Reichsregierungen gegenüber der Gesamtheit bewußt zu sein, die Arbeit ungestört wieder aufzunehmen und damit die bestehenden Gefahren zu vermeiden.

Ausdehnung des Bankbeamtenstreiks.

Berlin, 10. April. Die im Reichsamt zwischen dem Verband Berliner Bankbeamten und den beiden Bankbeamten-Organisationen geführten Verhandlungen sind nach neunwöchiger Dauer ergebnislos abge-

brochen worden. Infolgedessen haben die beiden Organisationen der Bankbeamten zunächst die Beamten in Hamburg, Leipzig und Frankfurt aufgefordert, sich dem Generalstreik anzuschließen.
Der Streik wird aus Berlin gemeldet: In der vorgelagerten geheimen Abstimmung in den einzelnen Bezirken der Deutschen Bank erklärten sich 2426 Beamte gegen den Eintritt in den Streik, während 2227 Beamte für den Streik stimmten. Infolge des Umstandes, daß trotzdem getrennt früh Streikposten der arbeitswilligen Majorität den Zutritt in die Bank verweigerten, und daß es zu Tumulten kam, die ein Dazwischentreten des Militärs zur Folge hatten, wurde die Bank in die Zwangslage gebracht, den Streik zu schließen.

Schwere Kämpfe in Düsseldorf.

25 Tote - zahlreiche Verwundete.
Düsseldorf, 10. April. Die Unruhen in Düsseldorf haben gestern Abend einen bedeutlichen Charakter angenommen. Es kam kurz nach 7 Uhr zu einem Kampfe, bei dem seitens des Militärs Mägen und Reiter eingesetzt wurden. Nach kurzer Zeit waren die Demonstranten zurück, und die Nacht ist dann ruhig verlaufen. Am frühen Morgen und nach dem großen Zahl von Verwundeten, die zum Teil eine Stimmung an den Tag legen, als ob Karneval sei, sind etwa 25 Tote und eine entsprechende Zahl von Verwundeten getötet worden. Die Regierungstruppen hatten einige Verluste.

Im Ruhrrevier sollte die Kätereipublik ausgerufen werden.

Berlin, 11. April. Nach verschiedenen Berichten war die Auslösung der Kätereipublik im Ruhrrevier geplant. Sie sollte laut „Vorwärts“ in der Nacht zu gestern erfolgen. Durch entsprechende Maßnahmen, besonders auch durch die Besetzung von Eisen, wurde diese Absicht vereitelt. In Wülfrath (Ruhr) wurden 17 Mitglieder der Arbeiterkassen, die in der letzten Sitzung für die sofortige Ausrufung der Kätereipublik gestimmt hatten, wegen Landesverrats verhaftet.

Sieg der alten Regierung in Bayern?

Berlin, 11. April. Zum Kampf der Regierungen in Bayern heißt es im „Vorwärts“ aus Bamberg: Die bei der Regierung abgesetzten Verfassungsmäßigungen aus dem ganzen Land belächeln das Schicksal in der Nacht, daß baldig eine Klärung der Lage in Bayern einsetzen müsse. Der Landtag wird demnach hier zusammenzutreten. Der Verfassungsausschuß hat eine Ueberlieferung hierher angehängt. Zahlreiche Abgeordnete treten bereits ein.

Kerner wird aus München dem „Vorwärts“ indirekt gemeldet: Der von den revolutionären Betriebsobscuten und den revolutionären Soldatenvertretern gewählte Rat hat sich zum Träger der gesamten Gewalt erklärt und von dem Zentralrat durch eine Abordnung die sofortige Abdankung verlangt. Die Kommunisten rufen die revolutionären Soldaten und Arbeiter an, ihre selbstgewählten Vertreter zu wählen. In einer Massenversammlung der Kommunisten wurde mitgeteilt, die „weiße Garde“ unter Esp und Schuppenhorst habe schon in Ingolstadt und jeil im Besitz, in München einzumarschieren, um die Kätereipublik zu erwürgen.

Erlaß von dringenden Verordnungen.

Weimar, 10. April. Der Nationalversammlung ist vom Reichsminister Preuß der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlassen von Verordnungen zugegangen. Nach § 1 des Gesetzes wird die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung mit Zustimmung des Staatsauschusses und eines von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Regelung des Uebergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft oder aus dringenden sonstigen Gründen als notwendig erweisen. Diese Verordnungen sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihre Befehle anzuhängen.

Der Sechshunderttag unmöglich.

Eilen, 9. April. Eine Konferenz von Vertretern der vier Bezugsvereine und von Vertretern des Zehnerverbandes tagte heute unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse anderer Volkswirtschaften unzulässig ist. Auf dringende Bitten der Vertreter der vier Bezugsvereine haben die Vertreter des Zehnerverbandes sich bereit erklärt, die sechs Stunden Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter einzuführen und Aussicht zu bewilligen. Durch diese Verkürzung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter besser gestellt als die englischen.

Wie Eichhorn in Berlin hauste.

Bei den Berliner Unruhen 1371 Personen gefaßt.
In der Dienstaufsicht des Untersuchungsamtes der preußischen Bundesanwaltschaft über die Berliner Unruhen wurde die Entschädigung dieser Unruhen eingehend beraten. Der Minister des Innern Heine und Regierungsrat Dr. Dops erstatteten Bericht über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Insbesondere machte Dr. Dops eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn. Die von Eichhorn angelegte Sicherheitswehr habe in den Polizeipräsidium gebastet wie Schweine.

Ueber viele Hunderttausend Mark sollen Beschlüsse. Eichhorn selbst hat in einem Falle 5100 Mark, in einem anderen Falle 1625 Mark für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschundenen Geldern befinden sich auch 147 000 Reichsmark an Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind. Eichhorn hat den revolutionären Obseuten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungslisten der Schutze ausgestellt, und die Schutzleute, die sich der Unabhängigkeit nicht gefügt haben, selbst nicht nur verurteilt, sondern auch in ihre Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Klein

von der Deutschen Waffens- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400 000 Mark erpreßt worden. Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoffgefäßes versucht, die

Hauptkasse des Polizeipräsidenten zu betreten, der Versuch ist aber nicht geglückt. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zehner feilheitsausweis erpreßt, um davon Zehner in feilenden Geschäften abgeben zu lassen. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Notenzettel gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war.

Der Minister des Innern Heine, wies in einer allgemeinen politischen Uebersicht nach, daß die Unruhen vom 5. Januar planmäßig organisiert waren, und daß nach einem einheitlichen Plan an verschiedenen Stellen der Stadt gleichzeitig losgeschlagen wurde. Er gab einen Uebersicht über die besetzten Gebäude, über die unangehoren dort verübten Mordtaten und über die Notmaßnahmen, welche die Regierung zur Unterdrückung der Unruhen ergreifen mußte, da sich zuverlässige Truppen in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung fanden. An der Verteilung der von den unabhängigen besetzten Gebäude haben Frauen und Frauen in hervorragendem Maße mitgewirkt. So hat eine Mitarbeiterin Frau Steinbrunn aus Neudorf im Erker des „Vorwärts“-Gebäudes ein Maschinengewehr bedient, durch dessen Rufen mehrere Regierungssoldaten gefallen sind. Nach der Uebersicht wurden im „Vorwärts“-Gebäude u. a. gefunden die Ausrüstung einer Feldküche und silbernes Tafelgeschirr, sowie andere Raubbeute.
Hr. Weid (H. Soj.) gab zu, daß die

Zulände unter Eichhorn ganz unerschütterlich geworden waren.
Auf eine Anfrage teils Regierungsrat Dr. Dops mit, daß bei den Unruhen in ruhe 196 Personen und bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden sind, darunter etwa ein Zehntel Soldaten.

Bauernstreik.

Darmstadt, 10. April. In der heutigen Volksversammlung teilte Ministerpräsident Ulrich mit, daß die Landwirte im Kreise Bensheim in den Auslöser getreten seien, und daß gestern zu dem angeführten Viehdiebstahl nicht ein einziges Stück angeklagt worden sei. Die Stimmung, die dadurch in der Bevölkerung erzeugt worden sei, sei geradezu gefährlich. In Arbeitstreue berichte der Regierung gegen die Landwirte und es seien Gesetze zum Abwärtigen zu beschließen. Die Folgen könne niemand übersehen. Angeklagt soll sich der Streik gegen den Viehdiebstahlverbot richten.

Wer streikt - wird deportiert.

München, 10. April. Der Streikverbot beim Kraftwerk Mainz wurde durch die französischen Behörden sofortiger Deportation und Zwangsarbeit beim Wiederaufbau Befehlen umgehend befolgt.

Auch Frauen Schüssen und Geschworene:

Weimar, 10. April. Wie die „R. Z.“ hört, ist im Reichsjustizministerium eine Novelle zur Strafprozessordnung in Vorbereitung, die eine tiefgreifende und jetzt geltenden Grundzüge umwälzende Reform unserer Strafprozessordnung bringen wird. So wird die Novelle die Absicht haben, die Frauen zu Schüssen und Geschworenen zu bringen. Die Schüssen und Geschworenen sollen künftig nicht durch die Gemeindebehörden, sondern durch allgemeine Wahlen an Grund des Verhältnisses ausgewählt werden. Ferner wird die Berufung allgemein eingeführt sein. Die Vorarbeiten, an denen besonders Minister Landes beteiligt ist, sind soweit gediehen, daß die Vorlage vom Staatsanwalter in der Nationalversammlung schon in absehbarer Zeit erarbeitet werden kann.

Bolschewistische Truppen meutern.

Rotterdam, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) „Havoo“ meldet aus Dni: Die Bolschewiken haben an der sibirischen Front den ganzen Eisenbahnbetrieb eingestellt. Der Grund ist in einer allgemeinen Meuterei der bolschewistischen Truppen an der ganzen Front zu finden.

Frankreich liefert der Schweiz deutsche Kohlen.

Bern, 10. April. Der Bundesrat genehmigte das am 23. März in Paris unterzeichnete deutsch-französische Wirtschaftsabkommen, wonach die französische Regierung verpflichtet, der Schweiz monatlich 60 000 Tonnen Kohle aus den in Belgien, Frankreich und im Saarbezirk gelegenen Gruben zu liefern zu einem Durchschnittspreis von 120 Schweizer Franken je Schweizer Tonne. Frankreich erteilt ferner die Anweisung für die von der Schweiz in Kolzingen gekauften Mengen Eisen und Stahl. Weiter liefert Frankreich gewisse Mengen Kalisalz, Thonzugabe, Algier-Phosphat, Benzin und Sinterstein.

Deutsches Reich.

Industrieausgang.

Die gestrige Mitgliederversammlung der „Reinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ nahm Stellung zu den von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen der Einführung von Betriebsräten, Bezirks-Wirtschaftsräten und eines Zentral-Wirtschaftsrates. Es kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Einführung von Betriebsräten und ihre Ausstattung mit den in Aussicht genommenen weitgehenden Befugnissen einen tiefen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und die Verantwortungsspflicht des Unternehmers bedeuten, dessen Ausgestaltung eine Schädigung der Betriebe und der gesamten Industrie zur unausweichlichen Folge haben würde. Die Industrie muß deshalb die Verantwortung für diese Maßnahmen der Regierung allein überlassen. Ebenfalls kann die Wirtschaftsgesellschaften, die sich nicht auf dem Untergrunde freiwilliger Zusammenarbeit aufbauen, eine entsprechende Wirksamkeit zusammenarbeiten und eine Notwendigkeit für solche Gebilde mag man sie „Räte“ oder „Kammern“ nennen, um so weniger anzuerkennen, als die auf freier Willensentscheidung von Unternehmer und Arbeiter beruhenden Arbeitsgemeinschaften jetzt in freiwilliger Zusammenarbeit die Aufgaben zu lösen ergötzen bedürftig sind, die von der Regierung geplanten Lösungen zugewiesen werden sollen. Mit der Durchführung

